

Arbeitslosigkeit kann jede/n treffen

LESEHEFT 3



... das grosse Los gezogen!

Warnung der Armutskonferenz

Arbeiten: mehr als Geld verdienen

Zentrale Funktion der Erwerbsarbeit ist es sicherlich, ein Einkommen zu erzielen und damit die Existenz für sich und seine Angehörigen zu sichern. Erwerbsarbeit, das damit verbundene Einkommen und die daraus resultierende soziale Absicherung sind ein zentraler Schlüssel zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Arbeit bietet aber viel mehr als Einkommen, betont die Sozialpsychologin Marie Jahoda, Mitautorin der klassischen Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“:

„Die organisierte Arbeit ist für die Leute äußerst wichtig. ... Wir haben aus der Studie gelernt, was den Menschen psychologisch fehlt, wenn sie keine Arbeit haben: Sie sind ausgestoßen, ohne Sinn, ohne Verankerung und Stellung in der Gesellschaft, nicht in die Zeitorganisation eingeordnet, leiden unter Langeweile. ... Resignation und Apathie sind noch immer die Hauptfolgen der Arbeitslosigkeit. ... Die Nutzlosigkeit von Arbeitslosen, das Gefühl, auf den Misthaufen geworfen zu sein – das ist für Arbeitslose das unerträglichste Gefühl.“

Gesellschaftliche Anerkennung

Durch seine Arbeit leistet der Mensch einen Beitrag zur Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen, das nicht in Isolation leben kann. Unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen führen nicht nur zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, sondern auch zu einer Bereicherung der Gesellschaft. Zudem ist der Mensch auf Anerkennung durch andere angewiesen. Diese drückt sich in vielfältigen Formen aus: im Einkommen, aber auch im Sozialprestige sowie in der Erfahrung von Solidarität.

Persönlichkeitsentfaltung

Arbeit trägt wesentlich zur Entwicklung und Bewährung des Menschen, seiner Fähigkeiten und seines Selbstbewusstseins bei. Arbeitsprozess und Arbeitsergebnis lassen sich von der arbeitenden Person nicht trennen.

Marie Jahoda: „Was immer der Job ist. Er erweitert den intellektuellen und geistigen Horizont. Das Schicksal der Hausfrauen, die hart arbeiten, aber nie Kontakt mit anderen Erwachsenen haben, ist für wenige befriedigend. Etwas fehlt: der Kontakt mit der Welt.“

Recht auf Arbeit

Da in unserer Gesellschaft Existenzsicherung nahezu ausschließlich durch Erwerbsarbeit möglich ist, muss es ein Recht auf Arbeit geben. Damit ist nicht das Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz gemeint. Dieses soziale Grundrecht ist vielmehr als Herausforderung an die Politik zu sehen, durch geeignete Maßnahmen die Voraussetzungen für ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen zu schaffen.

"Und die brauchen dich nimmer..."

Die gelernte Verkäuferin Heidi L. war zuletzt in einem holzverarbeitenden Betrieb beschäftigt. Die ersten Jahre nach ihrem Eintritt im Jahr 1994 konnte sie im Winter noch durcharbeiten, später nicht mehr. Die Arbeitslosigkeitsepisoden wurden länger und länger, und im Jahr 2000 ging das Unternehmen in Konkurs. Es wurde von einem Mitbewerber übernommen, dessen Auftragslage allerdings auch nicht viel besser zu sein scheint. Auf ihre Anfragen wegen einer Wiedereinstellung wird Frau L. regelmäßig beschieden, es gäbe keine Arbeit.

Die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit schildert Frau L. wie folgt: „...es ist halt, man hat nicht den gewohnten Rhythmus, ... ja, am Anfang, die ersten paar Wochen, irgendwo einmal erholsam ... aber dann, mit der Zeit, wird es nervig irgendwann, man kommt sich selber schon ein bisschen komisch vor, keine Arbeit für dich, und die brauchen dich nimmer, und – ja, und nutzlos irgendwo, ein bisschen ... ja, und so vergeht halt irgendwie die Zeit.“

Quelle: Zilian 2002

Die Rolle des Arbeitsmarktes in einer globalisierten Gesellschaft

Die Globalisierung der Wirtschaft und der tiefgreifende Strukturwandel haben in den letzten Jahren auch den Arbeitsmarkt massiv verändert. Obwohl in den Sonntagsreden angeblich der Mensch im Mittelpunkt der Politik steht, gelten auf dem Arbeitsmarkt immer mehr die gleichen, brutalen Spielregeln wie auf Güter- und Kapitalmärkten: Kosten und Gewinn, Risikominimierung und Flexibilität sind entscheidende Kriterien.

Dass MitarbeiterInnen nicht nur ein Kostenfaktor, sondern vor allem auch Konsumenten für die erzeugten Waren und Dienstleistungen sind, zählt für Betriebe in unserer globalisierten Gesellschaft kaum mehr. Da außerdem die Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitsuchenden sehr ungleich verteilt sind, ist es kein Wunder, dass die neoliberale Ideologie in der Realität uns immer weiter weg von der Vollbeschäftigung führt. Die sogenannte „Krise der Arbeitsgesellschaft“ ergibt sich aus einem falschen Verständnis des Arbeitsmarktes und einer ungerechten Wertschätzung von „Leistung“.

MitarbeiterInnen - mehr als ein Kostenfaktor?

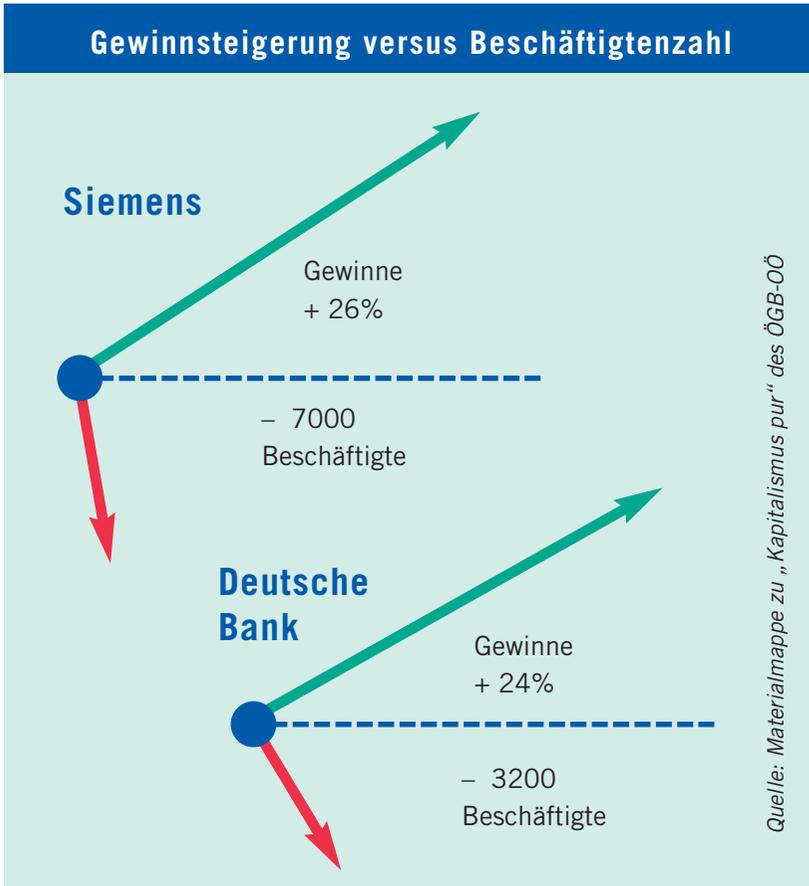
Ein unverkennbarer Trend ist, dass Betriebe Kosten und unternehmerisches Risiko zunehmend auf Zulieferer, aber auch auf MitarbeiterInnen abwälzen. Immer kürzere Dienstverhältnisse und steigende Phasen der Arbeitslosigkeit dazwischen, Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, höhere Mobilitäts- und Flexibilitätsansprüche, zunehmende Bedeutung „erfolgsabhängiger“ Entlohnung usw sind die Folgen. Der Begriff „Humankapital“ bekommt eine zunehmend negative Bedeutung: MitarbeiterInnen werden wie Maschinen behandelt, in die man investiert, wenn sie Gewinn versprechen, die schon rasch abgeschrieben werden und durch die nächste, bessere Generation ersetzt werden, die man von einem Tag auf den anderen an einen anderen (billigeren) Standort schickt und die man vorübergehend abschaltet, wenn die Auftragsbücher leer sind.

Wohlstand gerecht verteilen

Wie wenig der Slogan „Geht es den Betrieben gut, geht es auch den ArbeitnehmerInnen gut“ gilt, lässt sich am besten mit ein paar Zahlen verdeutlichen:

- ❖ In dem Zeitraum, wo VW den Gewinn um 124% steigern konnte, wurde die MitarbeiterInnenzahl um 3.000 reduziert
- ❖ bei BASF haben trotz einer Gewinnsteigerung um 92% 1.800 Beschäftigte ihren Job verloren
- ❖ bei Mannesmann wurden trotz einer Verdoppelung des Gewinns (+106%) 2.200 Arbeitsplätze gestrichen.

Und in den Wirtschaftsnachrichten ist es schon normal, dass der Aktienkurs einer Firma steigt, wenn sie einen größeren Beschäftigungsabbau ankündigt.



Insider & Outsider

Im Gefolge der krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und der zunehmenden Globalisierung des Wirtschaftssystems gerieten die einzelnen Unternehmen unter einen verstärkten Konkurrenzdruck. Dieser nötigte sie, vorhandene Kosten so weit wie möglich zu reduzieren. Die Idee des „straffen Wirtschaftens“ gewann an Bedeutung, die Unternehmen begannen „abzuspecken“ bzw. „zu entschlacken“.

„Schlanke“ Unternehmen

Produziere „lean as lean can“, so schlank wie möglich, lautete nun die Devise. Und schlank heißt vor allem: mit so wenigen Arbeitskräften wie möglich. Bei verschärfter Konkurrenz sparen die Unternehmen bei allem, was kurzfristig als „weniger wichtig“ erachtet wird, von der Forschung und Entwicklung über betriebsinterne Schulungen bis hin zum Betriebsausflug. Was früher integrierender Bestandteil des betrieblichen Alltags war, kann sich rasch in Ballast verwandeln. So sind Unternehmen immer mehr davon abgegangen, Produktivitäts- und Profiteinbußen zugunsten behinderter oder älterer Arbeitskräfte hinzunehmen.

Aufspaltung der Belegschaften

Die Bereithaltung betriebsinterner Arbeitskraftreserven kann und will sich heute kein Betrieb mehr leisten. Die Großunternehmen haben längst ihre Belegschaften in einen Kern von privilegierten Insidern und in einen Rest von Outsidern zerlegt. Die Outsider werden bei Auslastungsschwankungen schnellstens entlassen und bei verbesserter Konjunkturlage wieder eingestellt. Da die Unternehmen bei der Aufnahme von Arbeitskräften sehr „wählerisch“ geworden sind, gelingt es manchen Gruppen allerdings kaum mehr, am Arbeitsmarkt richtig Fuß zu fassen: Dazu zählen etwa ältere Arbeitslose oder gering qualifizierte Jugendliche.

Flexibilitätsarbeitslosigkeit

Als Ergebnis dieser Tendenzen entsteht eine steigende Nachfrage nach flexibilisierten Arbeitskräften. In Österreich geht mittler-

weile mehr als jede/r dritte Arbeitslose (35%) aus der Arbeitslosigkeit ab, indem er/sie wieder beim vorherigen Dienstgeber zu arbeiten beginnt. Bei diesen Wiederbeschäftigten handelt es sich um folgende Personengruppen:

- ❖ traditionelle SaisonarbeiterInnen, vor allem aus der Gastronomie und der Bauwirtschaft
- ❖ ArbeitnehmerInnen von Betrieben, die dazu übergegangen sind, saisonale Strukturen zu entwickeln, um so kostengünstig auf Auslastungsschwankungen reagieren zu können
- ❖ Arbeitslose, die zu jedem beliebigen Zeitpunkt von ihren ArbeitgeberInnen entlassen werden, um Personalkosten durch eine Unterauslastung der Belegschaft zu vermeiden

Das Arbeitslosigkeitsrisiko – ungleich verteilt

Eine im Bezirk Leoben durchgeführte Untersuchung erbrachte, dass im Jahr 2001 bereits jede/r Fünfte mindestens einmal im Jahr arbeitslos war. 61,6% der Befragten waren allerdings noch nie von Arbeitslosigkeit betroffen. Dazu gehörten Beamte, Landwirte, Selbstständige sowie all jene, die auf eine der früher üblichen stabilen Arbeitskarrieren zurückblicken konnten. Von den unselbstständig Erwerbstätigen waren immerhin noch gut die Hälfte (52,9%) nie in ihrem Leben arbeitslos. Das bedeutet, dass die gesamten Belastungen durch Arbeitslosigkeit von weniger als der Hälfte der Beschäftigten getragen werden müssen, von Personen, die dem Arbeitslosigkeitsrisiko in wesentlich höherem Maße ausgesetzt sind und die immer wieder arbeitslos werden.

Risiko Arbeitslosigkeit *

Jemals arbeitslos gewesen	ja	nein	gesamt
Beschäftigte insgesamt	38,4	61,6	100
Unselbständ. Beschäftigte	47,1	52,9	100

* Befragte im Bezirk Leoben; Quelle: Zilian 2002

Angaben in %

Die Anforderungen sind gestiegen – wer kann sie erfüllen?

Unsere Leistungsgesellschaft lässt kaum noch ein Mittelmaß zu. Viele Menschen machen diese konkrete Erfahrung. "Olympiareife" ist immer öfter erforderlich, um bestehen zu können. Die Anforderungen werden ständig höher, einfache Tätigkeiten sind kaum mehr vorhanden.

Erwartungen der Betriebe

Zwei Personalchefs formulieren ihre Erwartungen unabhängig voneinander mit ähnlichen Worten:

"Wir verlangen von unseren (neuen) MitarbeiterInnen, dass sie sich schnell in die betriebliche Organisation einfügen, Zusam-

Zur Verstärkung unseres jungen, dynamischen Teams suchen wir

PERFEKTE MITARBEITER/INNEN

25 bis 40 Jahre, mit mehrjähriger einschlägiger Erfahrung und fundierten Branchenkenntnissen, bestens motiviert und mit einer hohen Einsatzbereitschaft ausgestattet. Sie sollten eigenständig arbeiten, unternehmerisches Denken besitzen, kreativ, seriös und ehrgeizig, eine starke, selbstbewusste Persönlichkeit und vor allem belastbar und stressresistent sein. Sehr gute EDV- und Englischkenntnisse, ein ausgeprägtes Organisationstalent mit entsprechendem Durchsetzungsvermögen sind weitere wichtige Eigenschaften, die Sie neben einem hohen Maß an Kommunikations- und Konfliktfähigkeit mitbringen. Wir erwarten von Ihnen außerdem Zielstrebigkeit, Entscheidungsfreudigkeit sowie eine nationale und internationale Mobilität und Flexibilität. Wenn auch noch Charakterstärke und ein freundliches Wesen Ihre Persönlichkeit auszeichnen, sind Sie bei uns herzlich willkommen.

menhänge begreifen und anpassungsfähig sind. Wir erwarten eine zeitliche Flexibilität – wer immer gleich auf die Uhr schaut und nicht bereit ist, auch einmal Überstunden zu machen, ist bei uns fehl am Platz. Verlässlichkeit, Genauigkeit, Verantwortungsbewusstsein, ein selbstständiges Mitdenken sowie Schnelligkeit bei der Arbeit, Teamfähigkeit und ein freundlicher, verbindlicher Umgang mit Kunden sind weitere Grundvoraussetzungen. Aus »sozialen Gründen« jemand einstellen bringt niemandem etwas."

"Vorstellungsgespräche sind der Schlüssel zu einem neuen Arbeitsplatz - der erste Eindruck ist entscheidend. Ein selbstbewusstes Auftreten, eine entsprechende, ordentliche Kleidung, sich möglichst authentisch verhalten – nicht zu distanziert, aber auch kein Theater spielen oder sich schöner und besser darstellen, als es der Wirklichkeit entspricht – sind nur einige der wichtigsten Grundregeln. Die Bewerbungsunterlagen sollten in der Form den üblichen Standards entsprechen, im Inhalt muss aber unbedingt die Person sichtbar werden und »durchscheinen«".

Im Mittelpunkt der Mensch

Die in vielen Stellenangeboten nachlesbaren Anforderungen sind meist nicht erfüllbar. Resignation ist trotzdem keine Lösung. Wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen, jede und jeder Betroffene für sich – aber mit Unterstützung durch Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Interessenvertretungen, Parteien, Kirchen u.a.m., denn der Mensch ist Mittelpunkt und Ziel alles betrieblichen und wirtschaftlichen Tuns.

„Arbeitslosigkeit ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die primär aus dem objektiven Tatbestand einer fehlenden Arbeitskräftenachfrage resultiert und als solche vorwiegend vom Willen des Arbeitslosen unabhängig in Erscheinung tritt.“

Mag. Karl Dirschmied, ALVG Kommentar

Arbeitslosigkeit kann jede/n treffen

Als Bruno Kreisky sagte, ein paar Milliarden Schulden mehr würden ihm weniger schlaflose Nächte bereiten als einige hunderttausend Arbeitslose, hielten wir bei 2% Arbeitslosigkeit. Im April 2004 betrug die Arbeitslosenquote österreichweit 7,1%. Dazu kommen fast 44.000 Menschen, die gerade eine Schulung absolvierten und daher nicht als arbeitslos gemeldet waren. Und wir haben uns an die steigenden Zahlen gewöhnt.

2003 war im Durchschnitt jede/r vierte unselbstständig Erwerbstätige in Österreich mindestens einen Tag arbeitslos gemeldet. Insgesamt waren 774.242 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen. In Oberösterreich haben 105.839 Personen Arbeitslosengeld beantragt. Das mit Abstand höchste Risiko arbeitslos zu werden hatten PflichtschulabsolventInnen, sie machten 45% der Arbeitslosen aus. 37,2% der Arbeitslosen hatten einen Lehrabschluss, die restlichen 17,8% hatten eine höhere Qualifikation. Deutlich gestiegen sind die Zugänge bei den 19 bis 24jährigen und bei den über 50jährigen.

Schicksal Arbeitslosigkeit

Die Politik nimmt Inflation und Budgetdefizite korrekterweise über alle Maßen ernst, die Arbeitslosenquote wird beinahe kommentarlos hingenommen. Arbeitslos werden wird zu einem persönlichen Schicksal degradiert, man ist zu jung, zu alt, schlecht qualifiziert, zuwenig flexibel, hat gesundheitliche Einschränkungen, Betreuungspflichten oder sonstige Vermittlungshemmnisse.

Häufige Kündigungsgründe

Die Gründe für Kündigungen sind in der Regel wirtschaftliche - Betriebsabsiedelungen, Konzernpolitik, Einsparungsmaßnahmen, Umstrukturierungen, Wirtschaftspolitik und häufig Konkurse, wie Schlagzeilen aus der letzten Zeit belegen:

- ❖ Emco verlässt Hallein, 120 Jobs werden nach Tschechien verlagert

- ❖ Carrera Optyl in Traun wird geschlossen, 473 MitarbeiterInnen werden gekündigt
- ❖ Die Bank Austria reduziert von 11.400 auf 10.000 MitarbeiterInnen, vor 10 Jahren waren es noch 18.000
- ❖ Philips Österreich hat in den vergangenen Jahren die MitarbeiterInnenzahl von 5.350 auf 2.300 mehr als halbiert
- ❖ In Österreich gehen 2003 10.000 bis 15.000 Jobs in der Industrie verloren
- ❖ 2003 steigen die Insolvenzen um 5,4%, das sind 5.564 Firmenpleiten mit 22.700 betroffenen Beschäftigten

Der Druck nimmt zu

Eine Familie, zwei Schulkinder, ein Kindergartenkind, wohnt in einer kleinen Bezirksstadt, beide Eltern haben keine abgeschlossene Ausbildung. Der Vater bekommt seit Jahren nur noch Leasingjobs mit vielen Unterbrechungen, im Winter ist er meist ohne Beschäftigung. Die Mutter hat eine geringfügige Beschäftigung im Handel, mangels Flexibilität auf Grund der Kinderbetreuung bekommt sie keine Fixanstellung. Die Einkommensschwankungen führen zu Problemen bei der Bezahlung der Fixkosten. Der Kreislauf Kontoüberziehung – Kreditaufstockung führt zu Schulden, deren Rückzahlung wiederum das Haushaltsbudget belastet. Das Auto wäre für eine Arbeitsaufnahme unbedingt notwendig, es war aber nicht mehr leistbar und musste verkauft werden.

In dieser Familie nimmt der Druck auf Grund der Arbeitslosigkeit für die Eltern zu. Die Spannungen entladen sich zwischen den Partnern und in der Familie. Die Wahrscheinlichkeit für eine Scheidung ist groß. Die Folgen sind ein arbeitsloser Vater, der keine Alimente zahlen und sich keine eigene Wohnung leisten kann und eine ebenfalls arbeitslose alleinerziehende Mutter, die ohne Alimente ihre Kinder nicht versorgen kann.

Arbeitslosigkeit macht arm

Das Thema Arbeitslosigkeit wird in der Öffentlichkeit meist auf Zahlenspiele reduziert. Wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, steigt jedoch auch die Zahl der Menschen, die in wirtschaftliche Probleme kommen, denn in jedem Fall bedeutet der Bezug von Arbeitslosengeld eine Einkommensreduktion.

Drastischer Einkommensverlust

Der drastische Einkommensverlust führt oft dazu, dass betroffene Personen ihre Mieten nicht mehr bezahlen und notwendige Reparaturen nicht durchführen lassen können, sich und ihren Kindern keine Kleidung mehr kaufen können und oftmals auch nichts mehr zu Essen zu Hause haben. Versicherungen müssen gekündigt werden, der Lebensstandard sinkt mit jedem Monat. Die Teilnahme am öffentlichen Leben wird extrem erschwert, Kulturveranstaltungen kosten Geld, das nicht vorhanden ist. Die Kinder können an Schulveranstaltungen nicht teilnehmen und werden zu Außenseitern. Es müssen Schulden gemacht werden, um die Fixkosten bestreiten zu können. Wenn die Kontodeckung nicht mehr gegeben ist, verweigern die Banken meist die Abbuchung notwendiger Rechnungen. Die Folgen längerer Arbeitslosigkeit sind jahrelang spürbar, Schulden aus dieser Zeit müssen zurückgezahlt werden.

Unsichere Arbeitsverhältnisse

Die Arbeitsverhältnisse werden immer unsicherer, viele Menschen sind gezwungen, sich im Laufe ihres Lebens immer wieder einen neuen Job zu suchen. Zu dem Risiko, die Arbeit zu verlieren, kommt auch noch das Risiko, nach der Arbeitslosigkeit einen schlechter bezahlten Job annehmen zu müssen und weniger zu verdienen. Gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz ist eine Arbeitsstelle zumutbar, die mindestens kollektivvertraglich entlohnt ist, auch wenn die Entlohnung wesentlich geringer als bei der letzten Tätigkeit ist. Der Weg in die Armut ist dann oft schon vorgezeichnet, denn wer weniger verdient, bekommt bei einer erneuten Arbeitslosigkeit auch weniger Arbeitslosengeld.

Ein Auf und noch mehr ab

Frau A. ist eine 43jährige Alleinerzieherin mit einer Tochter. Ursprünglich verdienten beide, ihr Mann und sie. Nach der Geburt der Tochter kann Frau A. ihre Arbeit wegen fehlender Kinderbetreuung nicht mehr aufnehmen und eine Teilzeitarbeit ist in diesem Betrieb nicht möglich. Mit Schreibearbeiten von zu Hause aus verdient sie was dazu, es bleiben nach Bezahlung der Fixkosten € 640 pro Person zum Leben. Die Ehe wird geschieden, Frau A. hat zu diesem Zeitpunkt wieder einen Vollzeitjob, das verbleibende Pro-Kopf-Einkommen sinkt auf € 327. Auf Grund gesundheitlicher Probleme wird sie gekündigt, mit dem Arbeitslosengeld bleiben € 211 pro Person übrig. Mit der anschließenden Notstandshilfe bleiben dann € 197, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits das Auto verkauft ist, alle Versicherungen gekündigt sind und das Telefon abgemeldet ist. Nach fast zweijähriger Arbeitslosigkeit findet Frau A. einen Teilzeitjob bei dem sie etwas mehr als die vorhergehende Notstandshilfe verdient. Doch die Firma geht in Konkurs, mit dem Arbeitslosengeld berechnet vom Teilzeitjob, bleiben € 175 zum Leben. Ihre Fixkosten kann Frau A. nur noch über Kontoüberzug finanzieren, bis die Bank bei einem Minus von € 3.000 die Buchungen verweigert. Wie es weitergeht, ist offen. Frau A. hofft immer noch auf eine Arbeit, mit der sie ihren Lebensunterhalt wieder bestreiten kann.

Mindestsicherung erforderlich

Arbeitslosigkeit ist mittlerweile zum Verarmungsrisiko Nummer eins geworden. Viele Erwerbslose, insbesondere vormalige Teilzeitkräfte und Beschäftigte in Niedriglohnjobs, sind auf Ergänzungszahlungen aus der Sozialhilfe angewiesen. Die hinreichende soziale Absicherung dieser Personen erscheint daher als Gebot der Stunde. Erste dahingehende Schritte wären eine automatische Anpassung an die Inflationsrate bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, weiters die Beseitigung der Anrechnung von Partnereinkommen bei der Notstandshilfe. Mittelfristig sind Reformen in Richtung einer sozialen Mindest- oder Grundsicherung ins Auge zu fassen.

Arbeitslose helfen Arbeitslosen

Der Verein AhA (Arbeitslose helfen Arbeitslosen) ist eine Selbsthilfegruppe, die versucht, Arbeitslose - speziell ab 45 Jahre - bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen. Wie es Arbeitslosen tatsächlich geht, ist den AhA-Aktivisten aufgrund ihrer Arbeit und vieler Gespräche mit Betroffenen nicht fremd.

Vorurteile, die weh tun

Trotz steigender Arbeitslosenzahlen - jährlich sind in Österreich über 700.000 Personen davon betroffen - halten sich einige Gerüchte und Vorurteile hartnäckig:

- ❖ „Jeder, der arbeiten will, findet auch eine Arbeit. Das Arbeitslosengeld ist jedoch sehr hoch und motiviert daher viele nicht, sich eine Arbeit zu suchen.“
- ❖ „Arbeitslose sind Sozialschmarotzer, sie nützen das Sozialsystem aus. Jene, die oft schwer arbeiten müssen - z.B. Supermarktkassierinnen - finanzieren die Arbeitslosen.“

Die Qualität der angebotenen Jobs

Die vom AMS oder am freien Markt angebotenen Jobs sind für viele arbeitssuchende Menschen nicht mehr zumutbar. Angeboten werden überwiegend Beschäftigungsverhältnisse oder Teilzeitjobs mit einer meist unregelmäßigen Arbeitszeit und Mindestentlohnung. Sieht die Zukunft so aus, dass ein Mensch drei Minijobs annehmen muss um überleben zu können? An das AMS werden von den Betrieben überwiegend nur jene Billig-Jobs gemeldet, für die am freien Markt niemand gefunden wird. Der Druck der Unternehmer auf das AMS wird an die Arbeitslosen weitergegeben – entweder die angebotene Arbeit wird angenommen, oder die Bezüge werden gesperrt!

In der Arbeitslosenstatistik scheinen viele nicht auf

- ❖ Arbeitslose, die an Kursen und sonstigen AMS-Maßnahmen teilnehmen
- ❖ alle, die einen Antrag auf Frühpension oder Invaliditätspension gestellt haben

- ❖ Arbeitslose, die am Erhebungsstichtag krank gemeldet sind
- ❖ Arbeitslose, denen vorübergehend der Arbeitslosengeldbezug gesperrt wurde
- ❖ Frauen, die wieder in das Berufsleben zurückkehren wollen
- ❖ arbeitsuchende Menschen, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht arbeitslos melden
- ❖ alle Schulabgänger, die keine Anstellung finden
- ❖ alle, die keinen Arbeitslosenbeitrag eingezahlt, oder zu kurze Zeit gearbeitet haben, z.B. WerkvertragsnehmerInnen, Scheinselbstständige usw.

...aus unserer täglichen Arbeit

Herr H., 52, wurde nach 27jähriger Firmenzugehörigkeit als Datentechniker mit der Begründung "zu teuer" entlassen. Für ihn brach eine Welt zusammen. Ein vom AMS vermittelter Job löste große Freude und Erwartungen aus. Nach drei Monaten war die Firma jedoch zahlungsunfähig und er verlor wieder seinen Job. Nach zwei Jahren und vielen vergeblichen Bewerbungen hat Herr H. um Berufsunfähigkeitspension angesucht. Bis jetzt liegt noch keine Entscheidung vor.

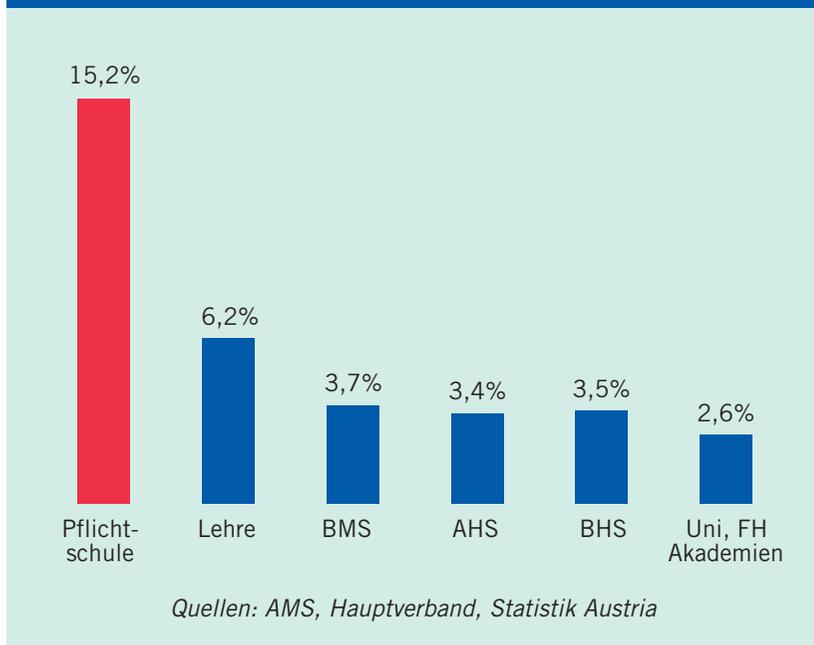
Herr W., 54, ist seit Anfang 1999 arbeitslos. Er war 29 Jahre als Hausverwalter tätig. Die Kündigung traf ihn wie ein Blitzschlag, ohne Vorankündigung. Mit einem Nervenzusammenbruch landete er im Krankenhaus. Eine lange Krankheit war die Folge. Sein Antrag auf Berufsunfähigkeitspension wurde abgelehnt. Er landete wieder beim AMS. Herr W. war immer sehr leistungsfähig und arbeitswillig, jetzt hat er all seine körperlichen und geistigen Qualitäten verloren. Vom AMS fühlt er sich in Stich gelassen, ohne zielführende Maßnahmen und ohne Zukunftsperspektiven.

Diese Beispiele zeigen nur einen kleinen Teil der Probleme auf, die Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Kann es sich eine Gesellschaft leisten, auf die Arbeitskraft und die Erfahrung von Menschen über 45 Jahre zu verzichten?

Qualifikation – der Schlüssel zur Arbeit

Ohne Ausbildung ist das Risiko, arbeitslos zu werden, sechs Mal so hoch als mit Hochschulabschluss. Das mit Abstand größte Risiko, arbeitslos zu werden, haben Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Ein Lehrabschluss vermindert das Risiko um mehr als die Hälfte. 107.982 Arbeitslose, das sind 45% aller Arbeitslosen, verfügten im Jahr 2003 über keine formale Berufsausbildung.

Arbeitslosigkeitsrisiko nach Bildungsabschluss 2003



Schnittstelle Schule und Beruf als Hürde für Jugendliche

- ❖ 65.000 Jugendliche sind weder in Ausbildung noch haben sie Arbeit schätzen das Wirtschaftsforschungsinstitut und die Arbeiterkammer.
- ❖ Während im Jahr 2003 im Schnitt 39.366 Jugendliche beim Arbeitsmarktservice arbeitslos gemeldet waren und dadurch eine Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zur

Qualifikation prinzipiell möglich war, ist die verdeckte Arbeitslosigkeit gerade bei den Jugendlichen erschreckend hoch. Da SchulabgängerInnen keine Leistungen vom AMS beziehen, lassen sich viele nicht als arbeitsuchend vormerken.

- ❖ Bei der Schnittstelle von der Schule zum Berufsleben geht es darum, ob Jugendliche die notwendigen Grundkompetenzen (Basic Skills) für die Bedingungen der Arbeitswelt mitbringen. Das Institut für Höhere Studien erhob im Jahr 2000, dass 8% aller Pflichtschüler keine weiterführende Ausbildung besuchen und 5% aller Pflichtschüler über einen negativen oder gar keinen Pflichtschulabschluss verfügen.

Lebenslanges Lernen als Ausweg

- ❖ Neben dem Zugang von Jugendlichen zu Ausbildung und Arbeit wird »Lebenslanges Lernen« als eine der wichtigsten Strategien zum Erhalt eines Arbeitsplatzes, aber auch zum Wiedereinstieg nach Arbeitslosigkeit gesehen.
- ❖ Hinsichtlich der Unterstützung durch Betriebe bei beruflicher Weiterbildung liegt Österreich in der EU vor Griechenland an vorletzter Stelle (Eurostat: Betriebliche Weiterbildung in Europa, 1999). Dabei werden vor allem bereits hoch und höher qualifizierte ArbeitnehmerInnen unterstützt, sodass die Schere zwischen wenig oder nicht qualifizierten und hochqualifizierten Beschäftigten immer größer wird. Untermauert wird dies durch eine IFES-Studie aus dem Jahr 2003:

Teilnahme an Weiterbildung 2003

ArbeiterInnen	18%
Angestellte	38%
Öffentl. Dienst	60%
HilfsarbeiterInnen	10%

Anteile in Prozent der jeweiligen Berufsgruppen. Quelle: Betriebliche Weiterbildung bei unselbständig Erwerbstätigen (IFES 2003, im Auftrag der AK Wien)

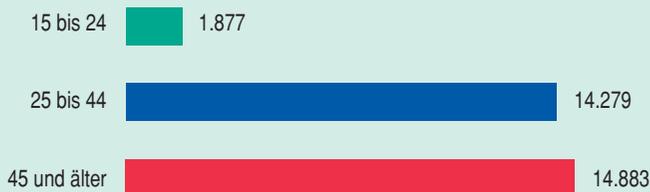
„Behindert ist, wer behindert wird“ Die Barrieren in den Köpfen überwinden!

Die Situation von behinderten Menschen am Arbeitsmarkt ist nach wie vor kritisch! 2002 waren rund 31.000 Menschen mit Behinderungen arbeitslos. Damit sind rund ein Drittel jener Personen, denen eine mindestens 50prozentige Behinderung amtlich bestätigt wurde, ohne Arbeit.

Entwicklungspotentiale werden nicht erkannt

Jede/r sechste Arbeitslose war auf Grund einer körperlichen, geistigen, psychischen oder Sinnesbehinderung schwer vermittelbar. Körperlich behinderte Personen haben die geringeren Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, da technische oder bauliche Adaptionen mit relativ geringem Aufwand umsetzbar sind. Geistig behinderte Personen haben es bereits ungleich schwerer, u.a. da Entwicklungspotentiale oft nicht erkannt werden. Psychische Beeinträchtigungen erschweren den betroffenen Menschen eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit wesentlich, bzw. verhindern eine solche; meist auch auf Grund ihres unvorhersehbaren Verlaufs.

Arbeitsuchende Menschen mit Behinderung 2002 *



* Als arbeitsuchend vorgemerkte Menschen mit Behinderung 2002 - Quelle: Dyk 2003

Je älter, umso weniger Chancen auf Beschäftigung

Unter Langzeitarbeitslosen ist der Anteil von Menschen mit Behinderungen sehr hoch, zudem sind diese Personen fast doppelt so lang arbeitslos. Das Ausbildungsniveau ist überdurchschnittlich niedrig. Der Anteil der über 45jährigen an der Gesamtarbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen ist von 2001 auf 2002 neuerlich gestiegen.

Behinderteneinstellung wirkungsvoller gestalten

Viele Betriebe erfüllen die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz vorgeschriebene Quote nicht und bezahlen lieber eine Ausgleichstaxe. Nur 65 Prozent aller jener Arbeitsplätze, die behinderten Menschen zur Verfügung stehen müssten, sind wirklich besetzt. Im Vergleich positiv hervorzuheben ist der öffentliche Dienst als ArbeitgeberIn, wobei auch hier noch immer 20 Prozent der Pflichtstellen nicht durch Menschen mit Behinderungen besetzt sind.

Dringende Maßnahmen und Forderungen

- ❖ Um eine beschäftigungsfördernde Wirkung zu erzielen, müsste die Ausgleichstaxe auf den im jeweiligen Kollektivvertrag vereinbarten Mindestlohn angehoben werden.
- ❖ Eine wesentliche Voraussetzung für die Besserstellung von behinderten Personen wären entsprechende wirkungsvolle Rahmenbedingungen, wie Betriebsvereinbarungen zur Integration von Menschen mit Behinderungen oder ein (Behinderten-) Gleichstellungsgesetz.
- ❖ Informationen über Beratung und Begleitung bei Wiedereingliederungen sowie Förderungsmöglichkeiten muss für Menschen mit Behinderungen wie UnternehmerInnen übersichtlicher und leichter zugänglich gestaltet werden.
- ❖ Die größten Barrieren sind im Kopf – die Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderungen muss sich verändern. Die deutlichsten Hürden ergeben sich durch Informationsdefizite und Unsicherheit im Umgang mit behinderten Menschen.

Der Ausstieg ist leichter als der Einstieg

Die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen ist zum politischen Schlagwort geworden. Die Umsetzungsschritte sind jedoch nicht wirklich spürbar. So fällt Familienarbeit immer noch in den hauptsächlichsten Zuständigkeitsbereich der Frauen - ihnen bleibt es überlassen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit von Müttern aufgrund von fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine wichtige Armutsursache. Allein in Oberösterreich fehlen über 8.000 Kinderbetreuungsplätze.

Vor allem Alleinerzieherinnen bekommen dies zu spüren, sie sind gegenüber dem Durchschnitt aller Frauen dreimal so oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Das Ausweichen in die Teilzeitarbeit erhöht jedoch das Armutsrisiko. So gelten 6% aller vollzeiterwerbstätigen Personen in Österreich als armutsgefährdet. Bei den Teilzeiterwerbstätigen steigt die Quote auf 10%. Über 200.000 Frauen sind in Österreich akut von Armut gefährdet.

... und dann die Frage nach der Familienplanung

Vor allem junge Frauen müssen sich bei Bewerbungsgesprächen immer wieder der diskriminierenden Frage nach dem Kinder-

Durchschnittliche Höhe der Leistungen 2003

Arbeitslosengeld Männer	€ 766,20
Arbeitslosengeld Frauen	€ 611,10
Notstandshilfe Männer	€ 607,80
Notstandshilfe Frauen	€ 475,50

Pension Männer *	€ 1.427,00
Pension Frauen *	€ 683,00

(52 % weniger!)

* Zahlen aus 2002

wunsch stellen. Sie erleben daher auch immer öfter, dass ihnen von vornherein nur Teilzeitarbeitsplätze angeboten werden. Rund neun von zehn Teilzeitarbeitsplätzen in Österreich werden von weiblichen Beschäftigten besetzt.

Geringfügige Beschäftigung

Völlig aus dem Arbeitslosenversicherungssystem geworfen werden Frauen, wenn sie nur geringfügige Beschäftigungen finden. Über 70% dieser Beschäftigten sind Frauen. Sie haben keine Möglichkeit, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Häufig berichten Frauen auch von Problemen wegen erhöhtem Bedarf an Pflegefreistellungen, geringerer Flexibilität bei Überstunden und Arbeitszeitverschiebungen, vor allem AlleinerzieherInnen sehen oft keinen Ausweg.

Keine eigenständige Existenzsicherung

Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Unterbrechungen aufgrund von Betreuungspflichten und der Großteil der Last der unbezahlten Familienarbeit führen schließlich dazu, dass Frauen oftmals über keine eigenständige Existenzsicherung verfügen. Verschärfend kommt hinzu, dass zahlreiche Regelungen bestehen, die zum Verlust der Leistung durch die Anrechnung des Partnereinkommens führen. So wird z.B. Notstandshilfe nur bei Vorliegen einer Notlage ausbezahlt. Beinahe 90% der ablehnenden Bescheide des AMS wegen fehlender Notlage betreffen Frauen. Durch die Partnereinkommensanrechnung verlieren Frauen auch wichtige Pensionsversicherungsmonate. Daher verfügt heute jede fünfte Frau über 60 weder über eine Eigenpension noch über eine Witwenpension.

Verfügbarkeit kontra Betreuungspflichten

Nach der derzeitigen Rechtslage kann das AMS bei der Vermittlung von Arbeitslosen nur wenig Rücksicht auf die vorhandenen öffentlichen Betreuungseinrichtungen nehmen. Liegt keine ausreichende Verfügbarkeit vor, so kommt es zu einer Verweigerung des Arbeitslosengeldes. Vor allem Alleinerzieherinnen bleibt dann nur noch der Weg aufs Sozialamt.

MigrantInnen trifft es besonders hart

In den 70er-Jahren wurden ArbeitsmigrantInnen angeworben, um den Arbeitskräftemangel in Österreich zu beheben. Viele Menschen kamen, um hier zu arbeiten. Heute sind gerade sie besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. So stieg 2000 bis 2003 die Zahl der arbeitslosen InländerInnen um 19,8%, die der arbeitslosen AusländerInnen um 48,3%.

Uniprofessor als Hilfsarbeiter

ArbeitsmigrantInnen haben auch mit zahlreichen anderen Problemen zu kämpfen. Oftmals werden sie konfrontiert mit Vorurteilen, sie werden schlechter bezahlt und ihre Arbeitsplätze sind vor allem im Billiglohnsektor mit schlecht geschützter Position zu finden. Ihre Ausbildung wird vielfach nicht anerkannt, der Uniprofessor als Hilfsarbeiter am Bau ist keine Seltenheit. Sprachbarrieren machen es noch schwieriger, auf einem zunehmend verschärften Arbeitsmarkt bestehen zu können. Frauen sind oft auch noch damit konfrontiert, dass sie in völliger Abhängigkeit von ihrem Mann leben müssen, da bei Familiennachzug nicht automatisch auch eine Arbeitsgenehmigung folgt, sondern eine Wartezeit einzuhalten ist. Sie dürfen also lange Zeit gar nicht arbeiten. Auch AsylwerberInnen sind großteils über lange Zeit zum Nichtstun verurteilt, was die oft trostlose Situation zusätzlich verschärft.

...vom Traum Kinder zu unterrichten

Frau C. musste mit ihrem Mann aus dem Kosovo fliehen. In ihrer Heimat war sie Volksschullehrerin, ihr Ehemann war Universitätsprofessor. Heute arbeitet sie als Reinigungskraft und ihr Mann schaffte es, als Kranführer einen Job zu bekommen. Ihr Traum ist es, einmal wieder eine Schulklasse unterrichten zu dürfen. Zurückkehren ist für sie nicht möglich, da ihr Dorf total zerstört wurde und sie keinerlei Möglichkeit sieht, dort wieder eine Existenz aufzubauen. Außerdem sind ihre Kinder in Österreich aufgewachsen und für sie ist Österreich inzwischen zur Heimat geworden.

Große Abhängigkeit vom Unternehmen

Studien errechnen immer wieder, dass ausländische ArbeitnehmerInnen mehr in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, als sie aus dieser erhalten. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ist eng gekoppelt an den jeweiligen Aufenthaltsstatus und die Beschäftigungsgenehmigung. So gilt die Beschäftigungsbewilligung nur für den jeweiligen Arbeitsplatz. Geht die Firma in Konkurs oder wird der/die Betroffene gekündigt, besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, da keine weitere Arbeitsbewilligung vorliegt. Jahrelanges Einzahlen bedeutet also nicht, dass bei Jobverlust auch ein Anspruch auf eine Leistung besteht. Trotzdem halten sich Missbrauchsvorurteile sehr hartnäckig.

„Es darf nicht sein, dass unsere Gesellschaft dauernd in zwei Gruppen mit mehr oder weniger Rechten zerfällt, in die Klasse der Einheimischen und in die Klasse der Fremden. Der Wert des Schutzes der Menschenrechte erweist sich dort, wo man sie braucht. Noch eines sollte nicht vergessen werden: In der Diskriminierung der Minderheiten lebt der Faschismus fort. Der Rassismus ist der Faschismus unserer Tage.“ (Christian Broda, Justizminister unter Bruno Kreisky).

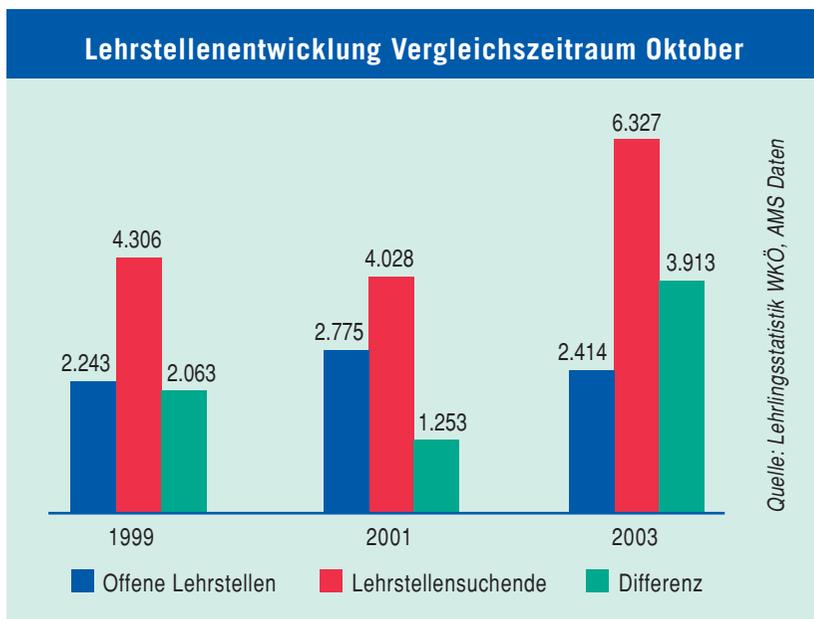


Z'erst z'jung, dann z'alt

Das Lehrstellenangebot in Österreich geht seit 1999 kontinuierlich zurück, während die Zahl der Lehrstellensuchenden ansteigt. Die Arbeitslosigkeit der unter 20-Jährigen ist seit 2000 um über 60% gestiegen. 40.263 Jugendliche waren im März 2004 ohne Arbeit. In den Jahren 2000 bis 2002 wurden zahlreiche Lockerungen bei den Ausbildungsvorschriften und finanzielle Anreize eingeführt. Die Lehrlinge wurden für die Unternehmen billiger, neue Lehrstellen wurden dadurch jedoch nicht geschaffen. Ein Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben wäre dringend notwendig. Ebenso soll eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen in überbetrieblichen Einrichtungen geschaffen werden, um bei Lehrstellenmangel Jugendliche ausbilden zu können.

Zu jung für die Pension - zu alt für den Arbeitsmarkt?!

Mehr als 50% der Pensionsberechtigten sind bereits arbeitslos oder krank, bevor sie in Pension gehen können. Die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen wird bis 2005 nach Schätzungen des Arbeitsmarktservice um mehr als 60% wachsen.

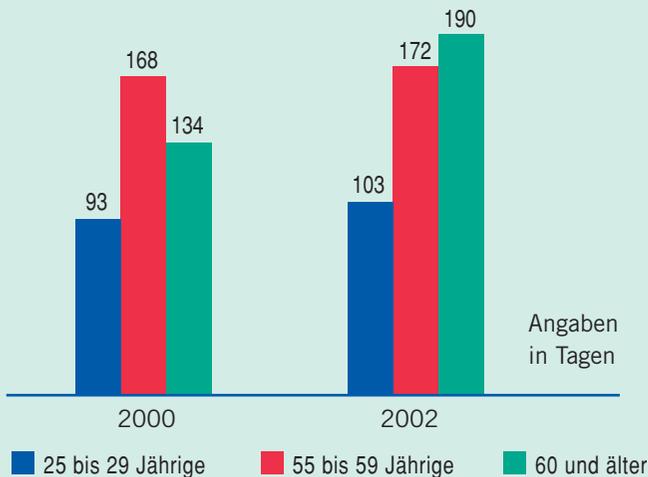


In den Unternehmen wird derzeit eine Personalpolitik betrieben, die fast ausschließlich auf jüngere MitarbeiterInnen setzt. Österreichische ArbeitnehmerInnen fühlen sich wegen ihres Alters im Europavergleich deutlich überproportional diskriminiert. So ergaben Studien, dass zumindest 60% der österreichischen Betriebe Alterslimits bei der Personaleinstellung haben. Mehr als zwei Drittel davon setzen das Alterslimit mit 40 Jahren fest.

Unmenschlich und ungerecht!

Gewisse körperliche und psychische Leistungspotentiale nehmen bei älteren MitarbeiterInnen zwar ab, gleichzeitig erfolgt aber ein Zugewinn in der Entwicklung der Persönlichkeit und der geistigen Fähigkeiten. Studien zeigen, dass Ältere mehr Verantwortungsbewusstsein, höhere soziale Kompetenz, höhere Betriebstreue, mehr Erfahrung und ein geschulteres Beurteilungsvermögen besitzen. Maßnahmen in der Gesundheitsprävention, Investitionen in Weiterbildung und Qualifikationserhaltung und verstärkte Motivation durch Anerkennung der Leistung Älterer sind dringend notwendig. Das Pensionsalter anzuheben und gleichzeitig ältere Menschen nicht zu unterstützen, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können, ist unmenschlich und ungerecht!

Durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit



Glücklicherweise versichert!

Arbeitslos – was nun?

Wichtig ist es, sich gleich am ersten Tag der Arbeitslosigkeit arbeitslos zu melden, da der Anspruch mit der Antragstellung beginnt. Um einen erstmaligen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erwerben, ist eine Beschäftigung von 52 Wochen (Jugendliche bis Vollendung des 25. Lebensjahres: 26 Wochen) innerhalb der letzten zwei Jahre erforderlich. Bei weiterer Inanspruchnahme sind 28 Wochen Beschäftigung innerhalb des letzten Jahres erforderlich. Die Dauer des Arbeitslosengeldanspruches kann bis zu 30 Wochen betragen, bei Personen über 40 (50) Jahren bis zu 39 (52) Wochen.

Arbeitslosen, die den Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft haben, ist auf Antrag Notstandshilfe zu gewähren. Das Vorliegen einer Notlage ist Voraussetzung. Das PartnerInneneinkommen wird angerechnet. Die Notstandshilfe beträgt im Schnitt 92 bis 95% des Arbeitslosengeldes.

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe 2004

Obergrenzen	täglich	monatlich*
Höchstmögliches Arbeitslosengeld	37,52	1.125,60
zuzüglich Familienzuschlag	0,97	29,10
Höchstmögliches Notstandshilfe	34,52	1.035,60

* 1 Monat = 30 Tage

Welche Arbeit ist zumutbar?

Die arbeitslose Person muss der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, arbeitsfähig und arbeitswillig sein bzw. bereit sein, an einer Arbeitsmarktmaßnahme teilzunehmen. Nimmt man eine zumutbare Arbeit nicht an, so kann das Arbeitslosengeld bis zu

acht Wochen (demnächst bis zu zehn Wochen) gesperrt werden. Während des Bezuges des Arbeitslosengeldes gibt es noch einen Berufsschutz (zukünftig nur mehr für 100 Tage). Im Arbeitsmarktreformgesetz 2004 wird ein Einkommensschutz (für die ersten 120 Tage 80% der ALG-Bemessungsgrundlage, danach 75%), die Berücksichtigung von Betreuungspflichten sowie eine maximale Wegzeit (bei Vollzeitbeschäftigung zwei Stunden) festgelegt. In der Notstandshilfe gibt es auch zukünftig keinen Einkommens- oder Berufsschutz.

Schützen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe vor Armut?

- ❖ Die Armutsgrenze ist in der EU mit 60% des Medianeinkommens in den jeweiligen Ländern definiert. Wer im Jahr 2003 unter € 780 pro Monat verdiente, wurde in Österreich als armutsgefährdet eingestuft. Das Arbeitslosengeld betrug 2003 im Schnitt € 704,70 und die Notstandshilfe € 553,50.
- ❖ In Österreich gibt es kein Mindestarbeitslosengeld. Gerade Arbeitslose sind massiv von Armut bedroht. 80% der Frauen und 40% der Männer beziehen ein Arbeitslosengeld, das unter dem Ausgleichzulagenrichtsatz bei Pensionen (€ 653,19) liegt. Die durchschnittliche Notstandshilfe von Frauen liegt mit € 475,50 weit darunter.
- ❖ Dänemark zeigt vor, dass eine ausreichende Existenzsicherung nicht die Arbeitswilligkeit der Arbeitslosen mindert. In Österreich gibt es eine Nettoersatzrate (zum vorherigen Einkommen) von 55%. In Dänemark beträgt die Nettoersatzrate 85%, aber die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit ist kürzer als in Österreich.
- ❖ Die Arbeitslosenversicherung finanziert sich selbst: Im Jahr 2003 zahlten die Versicherten € 4 Mrd in die Arbeitslosenversicherung ein. € 3 Mrd wurden für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung ausgegeben und € 691 Mio für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung. Überschüsse wurden über viele Jahre von den Regierungen zum Stopfen von Budgetlöchern herangezogen.
- ❖ Um die Rechte von Arbeitslosen zu schützen und ihre Interessen zu vertreten, fordert die Armutskonferenz seit Jahren die Einrichtung einer Arbeitslosenanwaltschaft.

Aktive Arbeitsmarktpolitik – Hilfe beim Zugang zur Arbeit

Viele Arbeitslose brauchen neben der finanziellen Absicherung eine aktive Unterstützung, um wieder einen Arbeitsplatz finden zu können. Diese Unterstützung kann über Beratung, Schulung, eine Beschäftigung in einer Sozialeinrichtung oder durch betriebliche Förderungen erfolgen. Arbeitslosigkeit hat nicht nur viele Ursachen, sie ist oft erst Auslöser für soziale Probleme. Neben der Unterstützung bei der Arbeitsvermittlung setzt sich daher das Arbeitsmarktservice jährliche Ziele in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wichtige Vorgaben für 2004 sind:

- ❖ die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit
- ❖ die Schulung in qualifikatorischen Nachfragebereichen (zB Pflegeberufe)
- ❖ die Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und Älteren
- ❖ die Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen durch Qualifikation

Im Jahr 2003 befanden sich durchschnittlich 41.482 Arbeitslose in Schulungen des AMS. Neben den Kursen können in Beratungsstellen mit den Arbeitslosen gemeinsam neue berufliche Perspektiven entwickelt werden. Beschäftigungsprojekte bieten ein

Frau St. ist 40 Jahre alt und hat drei Kinder. Sie hat keine Berufsausbildung und wohnt 35 km von Steyr entfernt. Ohne Führerschein war es für sie unmöglich, eine Arbeitsstelle zu finden. Frau St. entschloss sich daher, die Beratung und anschließende Berufsorientierung der Frauenstiftung Steyr in Anspruch zu nehmen. Sie hat nun einen Implacementbetrieb in ihrem Heimatort gefunden und ist in Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau. In Implacementstiftungen werden Arbeitslose für ein Unternehmen qualifiziert, das Arbeitskräfte sucht. Der Betrieb ist mit Frau St. sehr zufrieden und wird sie anschließend in ein Vollzeit-Dienstverhältnis übernehmen.

Herr. B., 47 Jahre, hatte zwei Lehren abgebrochen und anschliessend viele verschiedene, meist kurzfristige Dienstverhältnisse als Hilfsarbeiter. Vor der Anstellung im Beschäftigungsprojekt Donauwerkstatt in Langenstein war er acht Monate arbeitslos. Als wesentliche Vermittlungshindernisse stellten sich seine Alkoholprobleme sowie seine kaum vorhandene Mobilität heraus. Nach erfolgreichem Alkoholentzug und -entwöhnung fand er rasch einen Arbeitsplatz und schaffte auch die Führerschein B-Prüfung. Mittlerweile fährt er mit seinem Auto zur Arbeit!

befristetes Dienstverhältnis für Langzeitarbeitslose an. Das EU-Ziel, 20% der Arbeitslosen in Schulungen bzw. andere aktive Maßnahmen des AMS einzubinden, wurde in der Periode von 2000 bis 2003 mit 17,1% bei Erwachsenen und 17,9% der Jugendlichen von Österreich nicht ganz erreicht. Ein Grund dafür sind die im europäischen Vergleich geringen Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik (€ 691 Mio im Jahr 2003).

Die Qualität der Maßnahmen bestimmt den Erfolg!

Die Armutskonferenz stellt Freiwilligkeit, Armutsbekämpfung, Perspektive und Respekt vor den Arbeitslosen als Kriterien für die Arbeitsmarktpolitik auf:

- ❖ Aktivierende Maßnahmen dürfen nur auf freiwilliger Basis erfolgen! Derzeit droht bei einer Nichtteilnahme eine Sperre des Arbeitslosengeldes.
- ❖ Während der Schulungen muss eine ausreichende finanzielle Absicherung gegeben sein. Es darf nur in Dienstverhältnisse vermittelt werden, die eine Existenzsicherung gewährleisten.
- ❖ Für die Arbeitslosen sind längerfristige Perspektiven (z.B. echte Höherqualifizierung) zu eröffnen, um den Eindruck zu vermeiden, das AMS schicke Arbeitslose in Schulungen damit die Arbeitslosenzahlen niedrig gehalten werden.
- ❖ Es gilt immer wieder den respektvollen Umgang mit denjenigen einzufordern, die auf das soziale Sicherungsnetz angewiesen sind.

Es ist schon zynisch...

„Es ist nicht immer einfach, die angelsächsischen Investoren zufrieden zu stellen. Manchmal geht es heftig zur Sache. Einmal erschien eine Dame, vielleicht knapp 30 Jahre alt, die sich meine Story anhörte. Es sei ja interessant und richtig, dass ich das Unternehmen restrukturieren wolle, meinte sie anschließend. Aber in Amerika hätten sie den Eindruck gewonnen, dass so etwas im sozialistischen Deutschland nicht durchsetzbar sei. Deshalb könne sie die Aktie nicht kaufen. Kurz darauf habe ich in Österreich eine Reifenfabrik halbiert, gegen erhebliche Widerstände. Das hatten die angelsächsischen Investoren nicht für möglich gehalten. Danach hat dieselbe Dame unsere Aktien gekauft. Es ist schon zynisch: Die Not meiner Arbeitnehmer brachte mir Erfolg bei meinen Aktionären“.

Hubertus von Grünberg, ehemaliger Chef des Reifenherstellers Continental im „Spiegel“ Interview



Quellen

AMS: Arbeitslosenstatistiken

Arm durch Arbeitslosigkeit, in: Kontraste Nr. 4, April 2004

Behindertenpolitik nach 2003?, in: Kontraste Nr. 4, April 2004

Biffli, Gudrun: Der österreichische Arbeitsmarkt, in: Arbeits-los.

Veränderungen und Probleme in der Arbeitswelt, Informationen zur politischen Bildung 8/94

Bundesarbeiterkammer (Hg.): Die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich, Wien 2004

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hg.): Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich, Wien 2003

Dirschmied, Karl: Arbeitslosenversicherungsrecht, Wien 1996

Dyk, Irene: Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Behinderungen, Projektbericht, Linz 2003

EUROSTAT (Hg.): Betriebliche Weiterbildung in Europa, Luxemburg 1999

Frauenstiftung Steyr: Fallbeispiel

Grabner, Renate: "Auf den Mist geworfen". Interview mit Marie Jahoda, in: Profil Nr. 8, 17. Februar 1997

Grubelnik, Klaus: Reich und arbeitslos, in: Profil, 28. März 1994

IFES (Hg.): Betriebliche Weiterbildung der unselbstständigen Erwerbstätigen, Wien 2003

Institut Dr. Brunmayr (Hg.): Situation benachteiligter Personen am Arbeitsmarkt im Salzkammergut, Gmunden 2003

ÖGB OÖ (Hg.): Materialmappe zu "Kapitalismus pur", Linz 1997

Riedlsperger, Alois; Wohlgenannt, Lieselotte: Arbeit als soziale und gesellschaftliche Kategorie, in: Arbeits-los. Veränderungen und Probleme in der Arbeitswelt, Informationen zur politischen Bildung Nr. 8/1994

Verein Saum: Fallbeispiel

Verein VSG: Fallbeispiel

www.arbeitundbehinderung.at

www.sozialwort.at; Kap. 5: Arbeit – Wirtschaft – soziale Sicherheit

Zilian, Hans Georg: "Wehe den Besiegten!" – Arbeitslosigkeit in der gespaltenen Gesellschaft, Projektbericht, Graz 2002

Die Angaben in Diagrammen und Tabellen beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf ganz Österreich.

„Arbeitslosigkeit ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die primär aus dem objektiven Tatbestand einer fehlenden Arbeitskräftenachfrage resultiert und als solche vorwiegend vom Willen des Arbeitslosen unabhängig in Erscheinung tritt.“

Mag. Karl Dirschmied, ALVG Kommentar



Das Oberösterreichische Armutsnetzwerk versteht sich als Stimme derer, die keine Lobby haben. Unter Mitarbeit von Personen aus Sozialeinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, der Gewerkschaft und kirchlicher Gruppierungen versuchen wir, uns aktiv in die sozialpolitische Diskussion einzubringen und durch unsere Aktivitäten auch die Bevölkerung zu informieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Mit finanzieller Unterstützung von: Sozial-Landesrat Josef Ackerl - Sozialabteilung des Landes OÖ, Arbeiterkammer und ÖGB Oberösterreich, Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, Mitglieder des OÖ Armutsnetzwerks.

Bisher erschienen: Leseheft 1 "8.000 Milliarden ÖS Privatvermögen in Österreich – Gerechte Umverteilung unseres Reichtums!" Sept. 2001; Leseheft 2 "Armut kann Ihre Gesundheit gefährden – Warnung der Armutskonferenz", März 2003

Impressum: Herausgeber: OÖ Armutsnetzwerk, per Adresse: Sozialplattform OÖ, Weingartshofstraße 38, 4020 Linz, Tel. 0732/667594, Fax DW 4, e-mail: office@sozialplattform.at, www.sozialplattform.at. Beiträgen von: Dagmar Andree und Rudolf Moser, Arbeiterkammer OÖ; Eva Forster, Caritas der Diözese Linz, Susanne Stockinger und Günter Laar, Verein Arbeitslose helfen Arbeitslosen; Hans Riedler, OÖ Armutsnetzwerk; Hansjörg Seckauer, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Universität Linz; Wolfgang Gföllner und Heinz Zauner, Sozialplattform OÖ. Redaktion: Hansjörg Seckauer und Heinz Zauner; Karikatur: Michael Pammesberger, Gero; Gestaltung: Walter Hartl; Druck: Gutenberg, Mai 2004